

**Rede  
von**

## **Alptekin Kirci, MdL**

zu TOP Nr. 5, 6 und 7

**5) Abschließende Beratung  
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von  
Zukunftsinvestitionen und Zukunftsvorsorge**  
Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs. 18/3763

**6) Abschließende Beratung  
Land muss seiner Verantwortung gegenüber  
Landesbeamten gerecht werden!**  
Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/2024

**7) Erste Beratung  
Fachkräftemangel entgegentreten - Tarifabschluss  
wirkungsgleich umsetzen - Sonderzahlung im  
öffentlichen Dienst wieder einführen**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/3936

während der Plenarsitzung vom 18.06.2019  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren!

Wir alle wissen, dass Niedersachsen finanziell noch nie auf Rosen gebettet war. Unabhängig davon, ob die Konjunktur brummt oder schlechte Rahmenbedingungen den Finanzspielraum eingeengt haben:

Die Aufgabe des Finanzministers war, unabhängig davon welche Farbe Regierung und Kabinett hatten, immer eine Herausforderung. Insofern sind die Höhe der Beamtenbesoldung und der Abstand zu vermögenderen Bundesländern immer ein Thema. Deshalb müssen wir auch darüber reden, wie wir mit anderen Bundesländern bei der Besoldung der Beamtinnen und Beamten Schritt halten können.

Es gibt auch noch eine zweite strukturelle Komponente: Nämlich die, dass Niedersachsen im Gleichklang der Länder an Tarifabschlüssen mitwirkt und diese auf die Beamtenbesoldung überträgt. Hier geht es auch um die Frage „Besoldung folgt Tarif.“ Das schafft Vertrauen in die angemessene Alimentierung der Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen.

Anrede,

hier schafft der vorgelegte Gesetzentwurf Klarheit und überträgt den diesjährigen Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst eins zu eins auf die verbeamteten Landesbediensteten. Sie haben damit Teil an der konjunkturellen Entwicklung und dürfen darauf weiterhin vertrauen. Es wäre ein fatales Signal, wenn diese Steigerung nicht stattfinden würde.

Eine Abkopplung von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung würde den Druck verschärfen, weiterhin gute Kräfte für den Landesdienst zu gewinnen, erfahrene Kräfte nicht an die Wirtschaft zu verlieren oder an den Landesgrenzen, wo die Nachbarländer mit höherer Besoldung locken.

Das Problem der Abwerbung werden wir mit der Übertragung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf die Beamtinnen und Beamten allerdings nicht ganz aus der Welt schaffen können.

Anrede,

wir haben uns als SPD-Fraktion deshalb entschieden, weitere Signale der Wertschätzung und des Gleichklangs mit der Wirtschaft bei der Vergütung der Beamtinnen und Beamten zu setzen.

Wir sind fest davon überzeugt, dass in einer schrittweisen Rückkehr zu Sonderzahlungen ein wichtiger Anreiz liegt, der neben der rein monetären Komponente das Signal der Anerkennung und Wertschätzung enthält. Denn unsere loyale und gut funktionierende Verwaltung mit seinem Berufsbeamtentum ist eine der wichtigsten Grundlagen für ein erfolgreiches Niedersachsen. Unsere Beamtinnen und Beamten leisten eine wichtige und wertvolle Arbeit!

Wir freuen uns, dass jetzt auch die CDU-Fraktion sich dieser Auffassung angeschlossen hat. Über die Ausgestaltung ist jetzt in Ruhe zu reden, um eine gerechte und faire zusätzliche Sonderzahlung zu erreichen.

Der Vorschlag der Grünen zu diesem Thema ist zwar ein interessanter Debattenbeitrag. Urheber des Gedankens sind sie allerdings keineswegs, sie springen auf einen Zug auf. Die Lokomotive hat die SPD in Fahrt gebracht.

Schaut man sich den Antrag genauer an, müssen wir feststellen, dass nicht alle Beamtinnen und Beamten vom Vorschlag profitieren. Das sorgt nicht unbedingt für mehr Gerechtigkeit. Es stellt vor allem das politische Signal an die Bediensteten und solche, die wir in Zukunft für den Landesdienst gewinnen wollen, in Frage.

In diesem Zusammenhang möchte ich dann noch etwas zum FDP-Antrag sagen. Mit unserem Gesetzentwurf wird das Land seiner Verantwortung gegenüber den Landesbeamtinnen und Landesbeamten gerecht.

Im Übrigen möchte ich daran erinnern, dass die Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld 2005 begonnen hat, also in den Jahren, in denen die FDP hier mit am Kabinetttisch gesessen hat. Und übrigens waren zudem die Anpassungen an die Tarifrunden zwischen 2004 und 2008 ausgesetzt. Sie sollten den Begriff der Verantwortungsbereitschaft hier nicht überstrapazieren.

Anrede,

die Landesregierung berücksichtigt vorausschauend die Risiken, die sich aus den Klagen gegen die Besoldungspraxis aus den 2000er-Jahren ergeben könnte. Der vorliegende Gesetzentwurf sorgt durch die Neugruppierung der Eingangsstufen nach A 5 für einen hinreichenden Abstand zur Grundsicherung und eine deutliche strukturelle Verbesserung in den unteren Besoldungsgruppen.

Anrede,

alle weiteren Überlegungen für die Beamtenbesoldung müssen maßvoll und seriös gestaltet sein. Wir möchten nicht, dass Weihnachtsgeld und Tarifierhöhung irgendwann wieder durch die kalte Küche kassiert werden. Treue Beamtinnen und Beamte verdienen, dass wir sie seriös und verlässlich bezahlen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!